

Weise genügt, die erforderliche Zahl an Arbeitsplätzen in der Dritten Welt, die weit über der Zahl abgebauter Arbeitsplätze liegt, zu schaffen. Als wesentlicher Faktor nationalstaatlicher Entwicklung in der Dritten Welt ist der ländliche Bereich deshalb in diesen Ländern in die gewerkschaftliche Strategie einzubeziehen und von einer trade-unionistischen oder antikapitalistischen Strategie Abstand zu nehmen. Das programmatische Defizit westdeutscher Gewerkschaftsverbände, von denen der Verfasser die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB), die Industriegewerkschaft Metall (IGM) und den Deutschen Gewerkschaftsverband (DGB) untersucht, ist hier besonders groß. Dies resultiert einerseits aus der unmittelbaren Bedrohung einzelner Branchen durch Auslagerung, die zu protektionistischem Handeln verleitet (GTB), andererseits aus der industriellen Ausrichtung der westdeutschen Gewerkschaftsverbände.

Daß gewerkschaftliche Solidarität mit der Dritten Welt im industriellen Bereich möglich ist, hat Wortmann eindrücklich gezeigt. Die heikle Frage gewerkschaftlicher Solidarität, und hier sind besonders die Industriegewerkschaften und die des Dienstleistungssektors angesprochen, mit dem ländlichen Bereich bleibt hinsichtlich ihrer praktischen Möglichkeiten leider offen. Hier wären weitergehende Ausführungen wünschenswert gewesen. Sie hätten Möglichkeiten, aber auch Schranken einer internationalen über den »industrie« gewerkschaftlichen Bereich hinausgehenden Solidarität aufzeigen können.

Schon wegen ihres prägnanten theoretischen Teils ist der Untersuchung eine weite Verbreitung zu wünschen.

Ulrich Werwigk

El-Wathing Kameir/Ibrahim Kursany

Corruption as a »Fifth« Factor of Production in the Sudan

Research Report No. 72, Scandinavian Institute of African Studies, Uppsala, 1985, 33 S., skr 20.—

Eckhard Breitinger/Reinhard Sander (Hrsg.)

The Sudan – Ethnicity and National Cohesion

Bayreuth – African Studies Series 1, Bayreuth, 1984, 85 S., DM 10,— (DM 12,— for overseas countries)

Die beiden vorliegenden Schriften erschienen zu einem Zeitpunkt, als die politische Situation im Sudan bereits heftig brodelte und der Sturz Numeiris nur noch eine Frage der Zeit war. Dieser liegt nun bereiche geraume Zeit zurück, in Erinnerung bleibt der in der Folge des Sturzes erhobene Vorwurf persönlicher Bereicherung durch den Staatspräsidenten.

In das verheerende Ausmaß der Korruption im Sudan geben Kameir und Kursany tiefe Einblicke. Die innenpolitische Situation im Sudan verwundert in Anbetracht der Aus-

führungen der Verfasser nicht, ist doch in ihrer Schrift zu lesen, daß die großen nationalen Banken, Ministerien, Polizeiorganisationen, um nur die Herausragendsten zu nennen, nach amtlichen (!) Angaben die Spitze derjenigen anführen, die sich nationales Barvermögen ohne Umschweife aneigneten. Die Reihe läßt sich in anderen Bereichen beliebig fortführen. Bemerkenswert ist das enorme Ansteigen der Korruption im Zuge der Islamisierung in der jüngsten Vergangenheit, deren besondere Auswüchse sich darin zeigten, daß hohe Regierungsbeamte, an ihrer Spitze Numeiri selbst, mit wirtschaftlich lukrativen Posten in Staatsunternehmen betraut wurden, deren Tantiemen häufig in keinem Verhältnis zur wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens standen. Ein Beispiel dafür ist die »Islamic Development Company, Sudan, Ltd.«, die von den Verfassern näher behandelt wird. Daß diese Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft des Sudan und deren Produktivität außerordentlich abträglich war und immer noch ist, bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Erstaunlich ist, daß in der Studie das Militär kaum als Beteiligter an der Korruption genannt wird. Man wird dies als ein Anzeichen für eine »gewisse« Integrität der Militärs werten dürfen.

Die zweite Schrift gilt dem bislang ebenfalls ungelösten Problem des Sudan: der nationalen Einheit. Sie ist seit der von Numeiri 1982 selbstherrlich verordneten Regionalisierung des bis dahin einheitlich verwalteten Südsudans und der 1983 erfolgten landesweiten Islamisierung durch blutige Aufstände südsudanesischer Rebellen erneut in Frage gestellt. Eine Lösung dieses Konflikts wird andere Antworten fordern, als sie im Abkommen von Addis Abeba im Jahre 1972 gegeben wurden. Durch das Abkommen war seinerzeit der 17 Jahre währende Guerillakrieg der Südsudanesen gegen die nordsudanesische Vorherrschaft beendet und ihnen regionale Autonomie zugesichert worden. Eine Wiederbelebung dieses Abkommens scheint nach dem Bruch durch Numeiri undenkbar, symbolisiert diese Handlungsweise doch den ungebrochenen Willen des Nordens, über den Süden die Vorherrschaft auszuüben. Als Lösung des Problems der nationalen Einheit ist nun von einer »föderalistischen Staatsform« die Rede.¹ Ihre Ausgestaltung ist freilich noch völlig offen. Unbestritten indes scheint, daß der Weg dahin nur über die 1979 und 1982 konstituierten Regionen führt (Mohamed A. R. Mohamed-Salih, S. 39 ff, 48), und neben dem Süden wird eine solche Lösung auch aus der Region Darfur befürwortet (Musa Adam Abdul-Jalil, S. 55 ff.). Inwieweit eine solche Lösung allerdings funktionsfähig sein wird, ist fraglich, ist doch nahezu die Hälfte des gesamten Staatsgebiets – insbesondere die Regionen Darfur und Südsudan – zum Hungerkatastrophengebiet erklärt worden. An der mangelnden Effizienz der nationalen Wirtschaft scheiterte nach Mohamed Omer Beshir bereits die Regionalisierung von 1979 (S. 25).

Ulrich Werwigk

1 Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 26. 6. 1985.